

## IRAK

Iran reklamiert  
Raketenattacke für sich

**Erbil/Teheran.** Der Iran hat nach eigener Aussage die Hauptstadt der autonomen Kurdenregion im Nordirak, Erbil, mit Raketen beschossen. Dort gingen am Sonntagmorgen zwölf Raketen nieder, wie das kurdische Inneministerium erklärte. Sie hätten das US-Konsulat als Ziel gehabt und seien in einem Wohngebiet eingeschlagen. Der kurdische TV-Sender Rudaw berichtete, einige Raketen seien in der Nähe des neuen Konsulats zu Boden gegangen, das sich derzeit noch im Bau befindet. Nach Angaben des Inneministeriums wurde ein Mensch leicht verletzt. DPA

## CHINA

Zahl der Corona-Fälle  
steigt rasant

**Peking.** Bei der schwersten Corona-Welle in China seit Beginn der Pandemie vor mehr als zwei Jahren schnellte die Zahl der Infektionen weiter in die Höhe. Die Gesundheitskommission berichtete am Sonntag einen Tagesrekord von mehr als 3100 Fällen in 19 Regionen. Die Behörden reagierten mit Massentests, Transporteinschränkungen, Ausgangssperren sowie der Schließung von Schulen und Universitäten. In mehreren Städten wurde mit dem Bau provisorischer Krankenhäuser mit Tausenden von Betten begonnen, um Infizierte zu isolieren. DPA

## ÄGÄIS

101 Migranten  
nach Schiffbruch gerettet

**Athen.** Die griechische Küstenwache hat am Sonntag 101 Migranten von einem sinkenden Boot vor der Kykladen-Insel Paros gerettet. Wie der staatliche Rundfunk unter Berufung auf die Küstenwache berichtete, waren die Menschen auf dem Weg von der Türkei nach Italien unterwegs. In ihrer Mehrheit sollen sie aus Afghanistan stammen; sie wurden zunächst auf der Insel Paros in Sicherheit gebracht. Migranten versuchen direkt über die gefährlichen Routen nördlich oder südlich von Kreta nach Italien zu gelangen. DPA

ANZEIGE



Über Irpin, nordwestlich von Kiew, steigt Rauch auf. Die Bewohner der ukrainischen Hauptstadt stellen sich auf eine Belagerung ein.

FOTO: DANA/DPA

VON ANDREAS STEIN

**E**in Raketenangriff nahe der Grenze zu Polen und heftige Gefechte in der Umgebung von Kiew – trotz internationaler Appelle für eine Waffenruhe wütet der Krieg in der Ukraine mit unverminderter Grausamkeit weiter. Bei einem Raketenangriff auf einen Truppenübungsplatz unweit

der Stadt Lwiw (Lemberg) wurden am Sonntagmorgen nach ukrainischen Angaben mindestens 35 Menschen getötet und 134 verletzt. In Lwiw sammeln sich seit Tagen zahllose Flüchtlinge aus den umkämpften Regionen der Ukraine, um nach Polen zu gelangen. Der Übungsplatz Jaworiv liegt nur etwa 15 Kilometer von der Grenze zum EU- und Nato-Mitglied Polen entfernt. Dort waren vor dem Krieg auch Militärausbilder aus Nato-Staaten tätig.

Der ukrainische Verteidigungsminister Olexij Resnikow forderte nach dem Angriff erneut eine international kontrollierte Flugverbotszone über der Ukraine. Dies wurde von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg in einem Interview der Zeitung „Welt am Sonntag“ nochmals abgelehnt. Nach dem Raketenangriff nahe der polnischen Grenze bestätigte das US-Verteidigungsministerium die Beistandsverpflichtung der Nato-Staaten. „Ein bewaffneter Angriff gegen einen wird wie ein bewaffneter Angriff auf alle bewertet“, sagte Sprecher John Kirby am Sonn-

tag dem TV-Sender ABC. Dies sei auch der Grund, warum die US- und Nato-Streitkräfte ihre Präsenz an der östlichen Grenze des Bündnisgebiets verstärkten.

Rund um die ukrainische Hauptstadt kam es nach ukrainischen Angaben auch am

### „Die zwei Millionen Kiewer werden nicht allein gelassen.“

Walentyn Mondryjowskyj, stellvertretender  
Leiter der Stadtverwaltung

Sonntag zu heftigen Kämpfen, etwa in Irpin und weiter westlich in Makariw. Am Sonnabend gelang es, etwa 20.000 Menschen aus Orten im Umkreis von Kiew in Sicherheit zu bringen. Die Hauptstadt bereitet sich auf eine mögliche vollständige Blockade durch

### US-Journalist stirbt bei Beschuss

**Unweit von Kiew** ist ukrainischen Angaben zu folge ein US-Journalist getötet und ein weiterer verletzt worden. Die beiden Männer seien in der etwa zehn Kilometer nordwestlich der ukrainischen Hauptstadt gelegenen Ortschaft Irpin unter Beschuss geraten, teilte die Polizei des Gebietes Kiew am Sonntag mit. Die Angaben wurden auch vom Berater des ukrainischen Innenministers, Anton Herasch-

schenko, im Nachrichtenkanal Telegram verbreitet. Später bestätigte sie auch der ukrainische Präsidentenberater Mychajlo Podoljak. Der Bürgermeister von Irpin, Alexander Markuschny, verbot Journalisten später bis auf Weiteres den Zutritt zum unmittelbaren Frontgebiet. Ukrainische Angaben zufolge sollen russische Soldaten geschossen haben. Aus Moskau gab es zunächst keine Reaktion. DPA

## Bundesweit Friedensdemos

VON CHRISTIANE OELRICH

**I**n mehreren deutschen Großstädten sind Tausende am Sonntag gegen den Krieg Russlands in der Ukraine auf die Straße gegangen. Nach Angaben der Veranstalter demonstrierten bundesweit 125.000 Menschen für den Frieden – in Berlin demnach 60.000 Menschen, in Stuttgart 35.000, in Frankfurt 12.000, in Hamburg 10.000 und in Leipzig 8000. Zu den Demonstrationen hatte ein Bündnis aus Friedens-, Menschenrechts-, Umweltschutzorganisationen sowie Gewerkschaften und Kirchen aufgerufen. Sie fordern, dass Russlands Präsident Wladimir Putin sofort alle Angriffe einstellt, sich aus der Ukraine zurückzieht und die territoriale Integrität des Landes wiederherstellt.

In Berlin ließen die Demonstranten vom Alexanderplatz zum Brandenburger Tor. Die Polizei sprach von 20.000 bis 30.000 Teilnehmern, die Veranstaltung von 60.000. Unter ihnen waren junge wie alte Menschen, auch Familien mit Kindern beteiligten sich. Manche hatten Luftballons in blau und gelb dabei, den Farben der Ukraine. Andere trugen Transparente mit Aufschriften wie „Stop War“, „Peace“ oder „Wo bleibt die Impfung gegen Krieg“. Auch Beschimpfungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin wie „Master of War“ oder „Fuck you Putin“ waren zu lesen. 550 Polizisten waren im Einsatz. Die Stimmung in der Hauptstadt war friedlich, die meisten Teilnehmer trugen Corona-Schutzmasken. DPA

## Atomenergiebehörde besorgt

schen Fragen. Der russische Staatskonzern Rosatom dementierte dagegen gegenüber der IAEA, die operationelle Kontrolle übernommen zu haben.

Die derzeitige Situation verletzt eine der sieben unverzichtbaren Säulen der Nuklearsicherheit, warnte IAEA-Generaldirektor Rafael Grossi. Dabei handelt es sich um die Säule „Das Betriebspersonal muss in der Lage sein, seine Aufgaben im Bereich der Sicherheit zu erfüllen und Entscheidungen frei von ungebührlichem Druck zu treffen“.

Die IAEA sei bereit, vor Ort zu helfen, dies setzt aber eine dringend nötige Vereinbarung über die Sicherheit der Atomanlagen zwischen Russland und der Ukraine voraus, so Grossi. Darüber hatte Grossi am Donnerstag im türkischen Antalya mit den Außenministern Russlands und der Ukraine, Sergej Lawrow und Dmytro Kuleba, gesprochen.

Nach Angaben aus Kiew sind am Atomkraftwerk Saporischschja neben rund 400 Soldaten auch elf Beschäftigte des russischen Staatskonzerns Rosatom eingetroffen, darunter zwei Ingenieure. Vertreter einer selbst ernannten militärisch-zivilen Verwaltung hätten erklärt, dass die Gruppe die Sicherheit der Anlage bewerten solle und auch für Reparaturarbeiten zuständig sei. Die russische Rosatom bestätigte die Präsenz mehrerer russischer Experten an Europas größtem Atomkraftwerk. Sie stünden dem ukrainischen Fachpersonal „beratend zur Seite“. Verwaltung und Betrieb lägen in der Hand der Ukraine.



Am AKW Saporischschja hatte ein Gebäude unweit eines Reaktors gebrannt.

Foto: UNCREDITED/ENERGOTOM/AP/DPA

## Helfen Sie helfen!

Die Zeitungen in Deutschland unterstützen das Aktionsbündnis Katastrophenhilfe, das den Menschen in der Ukraine und den Nachbarländern schnelle Nothilfe leistet. Für den Einsatz der Helferinnen und Helfer vor Ort bitten wir um Spenden.

**Empfänger:**  
**Aktionsbündnis Katastrophenhilfe**  
Spendenkonto:  
**Commerzbank**  
BIC:  
**COBADEFFXXX**  
IBAN:  
**DE65 100 400 600 100 400 600**  
Stichwort:  
**ZEITUNGEN HELFEN**

**Online-Spenden:**  
[www.aktionsbundnis-katastrophenhilfe.de/zeitungen-helfen](http://www.aktionsbundnis-katastrophenhilfe.de/zeitungen-helfen)

Dies ist ein Spendenaufruf von



für das Aktionsbündnis Katastrophenhilfe



WESER-KURIER

AKTIONSBUNDNIS KATASTROPHENHILFE